

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gemeinl. Nr. 20.

Amtsblatt

Postfachkonto: Belpzig 21306.
Strolache Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Orzfa.

Nr. 18.

Dienstag, 22. Januar 1918. abend

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschriftzeile (7 Zeilen) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenabteilung: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Pöfelsalz betreffend.

Die Königl. Amtshauptmannschaft ist in der Lage, den Bezug von Pöfelsalz, welches zur Haltbarmachung der aus den Hauschlachtungen gewonnenen Fleischvorräte erforderlich ist, zu vermitteln. Etwaiger Bedarf ist sofort bei den Gemeindevorständen anzumelden, diese haben die Bestellungen gesammelt bis **Montag, den 28. Januar 1918** bei der Königl. Amtshauptmannschaft einzureichen. Der Preis beträgt 26,35 Mark für 100 Kilo, Brutto für Netto, ausschließlich Eaf., ab Dresden, netto Kasse ohne Abzug. Großenhain, am 21. Januar 1918. Königl. Amtshauptmannschaft.

Vertilgung der Obstbaumschädlinge.

Die Winter- und Frühjahrszeit ist deshalb zur erfolgreichen Bekämpfung der Obstbaumschädlinge besonders geeignet, weil infolge des blätterlosen Zustandes der Bäume die Brut der schädlichen Schmetterlinge leicht sichtbar ist. In den letzteren gehören insbesondere: 1) der Goldwäpfer, dessen Nachwuchs in Form kleiner Raupen in zusammengeknüpften und deshalb in die Augen fallenden dürren Blättern an den Zweigen überwintert, 2) der Ringelwäpfer, welcher seine Eier perlenschnurartig in 14 bis 16 leicht sichtbaren Reihen um dünne Astchen ablegt, und 3) der Schwammwäpfer, welcher seine Eier an Obstbäumen, Mauern und Säulen in daumendicken, feuerschwammähnlichen braunen Gebilden ablegt.

Der neue Polenkurs.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Montag die erste Lesung des Haushaltplanes beendet und den Etat mit den dazu gehörigen Anträgen an die Haushaltskommission zur weiteren Beratung überwiesen. Das Hauptstück der Montagssitzung war eine Rede des preussischen Innenministers Dr. Drechs über den neuen Polenkurs. In Beantwortung einer der Form nach gemäßigten Rede des Polenführers von Transvaal stellte der Minister den Grundgedanken auf, daß Preußen ein einheitlicher deutscher Staat sei, der unter allen Umständen seine inneren Angelegenheiten selbst zu regeln habe. Internationale Schiedsgerichte könnten nur bei Streitigkeiten zwischen verschiebenen selbständigen Staaten eingreifen, nicht aber bei Regelung der inneren Verhältnisse eines einzelnen einheitlichen mündigen Staatswesens. Deshalb seien auch die Beziehungen der feindlichen Staatsmänner von vornherein und auf das Entschiedenste abzuweisen, die unter dem Schlagwort der Befreiung des Militarismus in die inneren Angelegenheiten Preußens und Deutschlands sich einmischen wollten. Das österreichische Nationalitätenrecht habe nach den Erfahrungen dieses Krieges sicherlich nichts Verlockendes für uns und sei schon um desswillen nicht auf unsere Verhältnisse übertragbar, weil Preußen kein Nationalitätenstaat, sondern ein Einheitsstaat sei. Die preussische Regierung wolle ihr Verbrechen, den Polen mehr als früher entgegenzukommen, ehrlich halten, vorausgesetzt, daß die Polen jeden Gedanken an eine Fortrennung von Preußen, sei es auf dem Wege der Autonomie der preussischen Ostprovinzen oder mit Hilfe des kommenden internationalen Friedensvertrages abweisen. In der Hand der polnischen Bevölkerung selbst liege es also, welche Luft in Zukunft in der Zukunft wehen solle. Der Schutz des Deutschen in den gemischtsprachigen Grenzgebieten sei feilsch nach wie vor unerlässlich und widerwärtig auch nicht im mindesten einer guten und gerechten Behandlung der Polen. Die polnischen Abgeordneten ließen auf diese Rede des Ministers später erklären, daß sie keineswegs mit ihr einverstanden sein könnten, aber bei den anderen Parteien fanden die Ausführungen vom Ministerisch allgemeinen und lebhaften Beifall.

Von den Kriegsschauplätzen.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Im großen Ganzen verharren die engverstrickten Heeresmassen im Westen und in Italien nach immer in ihrer abwartenden Untätigkeit, und noch immer läßt es sich nicht übersehen, wann sie erneut in Bewegung geraten werden. Nur das eine darf wohl aus der Beurteilung der Gesamtlage heraus ohne Gefahr eines großen Irrtums gesagt werden, daß dieser Zeitpunkt einmal eintreten wird. Während die Dinge im Osten allmählich dem Frieden entgegensteifen und die glücklichen Verhandlungen mit der Ukraine einen Markstein auf dem Siegeswege des Friedens bilden, liegen sie im Westen umgekehrt. Nicht Frieden, sondern neuer Kampf ist dort die Lösung der Zeit, und erst aus dem Kampffeld, in dem die letzten Hoffnungen unserer Feinde zerbrochen zu Boden sinken, wird endlich auch dort der Frieden, den wir wünschen, sich strahlend erheben. Was jetzt dort, im Westen wie in Italien, geschieht, sind Manöver und nur insoweit Vorbereitungen auf das, was kommen wird, als beide Gegner sich aufmerksamer umspähen, keine Schwäche und keine Stärke des Gegners aus dem Auge lassen. Aus dieser gespannten Beobachtung können hier und da auch größere Kampfschauplätze entstehen. In Mazedonien liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Der Feind hält sich auf unserem äußersten rechten Flügel, im Skumbital, ziemlich zurück. Im Czernobogen, in der Gegend von Baralowo, steigerte er zeitweilig sein Feuer. In Palästina haben die Engländer nach längerer Pause am 18. Januar nördlich El Bira einen neuen Versuch zum Vorgehen gemacht, sind aber durch einen Gegen-

angriff der Türken wieder zurückgeworfen worden. Man wird abwarten müssen, ob sich daraus eine Wiederaufnahme der englischen Offensiv entwickeln wird.

Das Dezember-Ergebnis des U-Boote-Krieges.

(Berlin, 21. Januar. (Amtlich.) Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 t. R. T. des für unsere Feinde unzugänglichen Handelsstraßen vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boote-Krieges auf 8 958 000 t. Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine, Das monatliche Versenkungsergebnis, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend.

Es stellt sich um etwa 100 000 t. Bruttoregister-Tonnen höher, als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um rund 30 000 t. In folgender Berechnung soll der Versuch gemacht werden, einen zahlenmäßigen Gradmesser für die militärische Leistung unserer U-Boote für die vergangenen 11 Monate zu finden. Es muß vorweg ausdrücklich betont werden, daß der Wert der Prozentzahlen nicht in ihrer absoluten Höhe, sondern in ihrem Verhältnis zueinander zu suchen ist. Nehmen wir an, daß ein Drittel des auf England, Frankreich und Italien zusammen fahrenden Schiffsraums, und zwar des gesamten sowohl für die bürgerliche, wie die militärische Versorgung, — für die letztere ist etwa 35 Prozent des Gesamtstraßenraums zu rechnen, die sich dauernd im Sperrgebiet befindet, eine Annahme, die gegenüber der Wirklichkeit zweifellos zu hoch gegriffen ist, so erhält man folgende Prozentangaben des Versenkungsergebnisses von dem sich nach vorstehender Annahme im Sperrgebiet befindenden Schiffsraum:

Monat 1917	Verlorener Schiffsraum (%)	Verlorene Tonnage (t.)	Prozent im Vergleich zu
Februar	8 217 000	781 500	9,5
März	8 125 000	885 000	10,9
April	7 958 000	1 091 000	13,7
Mai	7 817 000	889 000	11,1
Juni	7 687 000	1 016 000	13,3
Juli	7 508 000	811 000	10,8
August	7 367 000	808 000	10,9
September	7 200 000	672 000	9,3
Oktober	7 058 000	674 000	9,5
November	6 900 000	607 000	8,8
Dezember	6 733 000	702 000	10,4

Eine ähnliche englische Statistik, dies sei hervorzuheben, kommt auf höhere Prozentangaben. Der Verlauf der Prozentzahlen und die Höhe des Dezember-Ergebnisses zeigt, daß trotz der Abnahme des Verkehrs, der erheblichen Verstärkung der Gegenwirkung, der Unangabe der Jahreszeit und der Verringerung der Dichte des Verkehrs infolge Geleitungsmaßnahmen die militärische Leistung, die in der Prozentzahl der Versenkung zum Ausdruck kommt, sich nicht vermindert hat. Eines vor allem noch kann man schließen, daß die nicht ohne Grund mit so viel Lärm in die Öffentlichkeit hinausgetragenen Behauptungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, man sei der U-Bootegefahr Herr geworden, die Abwehrmaßnahmen hätten nunmehr den erwarteten Erfolg gehabt, die Verluste der deutschen Flotte an U-Booten seien ungebührlich gewesen, einfach und der Luft gegriffen sind, um im eigenen Lande zu beruhigen und in Deutschland bei den wenigen, die nicht oder nicht fest an den Gelingen des U-Bootekrieges glauben, Mutlosigkeit und Zweifel zu erwecken, und den Gedanken der Aufgabe dieses gegen England einzig wirksamen Kriegsmittels, den man von Seiten unserer Feinde auch auf dem Wege über das neutrale Ausland zu fördern sucht, in das deutsche Volk hineinzutragen.

Die den Tatsachen so offen widersprechende Ausbreitung englischer Staatsmänner beweist von neuem, wie schwer England die „U-Bootepest“ empfindet und daß die führenden Staatsmänner unserer Gegner diesem Kriegsmittel selbst entscheidenden Wert beilegen.

Die Vernichtung geschieht am besten durch Abschneiden oder Abtragen und Verbrennen des Abfalls.

Ueber die vorgenannten Obstbaumschädlinge hängen im Rathhaus, Mittelbau, I. Stockwerk, drei vorzügliche Anschauungstafeln mit entsprechenden Erläuterungen zu jedermanns Ansicht aus. Zu schützen dagegen sind die in geringen zusammengesammelten Mengen häufig zu findenden, länglichen, nur 2 bis 3 Millimeter langen, seidensartig glänzenden Cocons, die die Larven nützlicher Schlupfwespen beziehentlich Schneumoniden enthalten. Die Befluger von Obst- und Fruchtbäumen werden im Hinblick auf das obwaltende wirtschaftliche Interesse an der Vertilgung der genannten Obstbaumschädlinge angewiesen, ungekaut auf ihren Grundstücken die erforderlichen Vernichtungsarbeiten vorzunehmen. Etwasige Säumigkeiten in dieser Richtung werden nach § 368 Nr. 2 des Reichs-Strafgesetzbuchs mit Geld bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden. Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Januar 1918. F.

Ausgabe von Eierbezugskarten, Seifenkarten und Landesfettkarten.

Die Ausgabe der neuen Eierbezugskarten, Seifenkarten und Landesfettkarten erfolgt **Dienstag, den 24. Januar 1918, vormittags 8-12 Uhr** in den bekannten Lebensmittelkarten-Ausgabestellen. Bühnenhalter und diejenigen Personen, welche fr. St. rote Eierkarten zum Gesamtbezug der Eier erhalten haben, erhalten keine Eierbezugskarten. Die spätere Ausgabe vorgenannter Karten an Ratsstelle kann nur gegen Bezahlung einer besonderen Gebühr erfolgen. Der Rat der Stadt Riesa, den 22. Januar 1918. Ohm.

Die Friedensbereitschaft Oesterreich-Ungarns.

Aus Wien wird gemeldet: Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident v. Seidler, es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers, sobald wie möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden. Sei zur Zeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so solle die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen hätten. Dessen ungeachtet hätte die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und Schiedsgerichte bildeten dazu nach ihrer Überzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der k. und k. Regierung angestrebt würden, so würden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens werde es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf dreier Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen solle. Die Fortdauer der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müsse die k. und k. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an mehreren Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden könnten, doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können, da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen soweit entgegenzukommen, wie die österreichisch-ungarischen Interessen es gestatten. So hegt der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die auswärtige Politik zu festigen. Am Schluß wies der Ministerpräsident auf die am Sonntag veröffentlichte Erklärung des Ministers des Inneren Grafen Czernin hin.

In längeren Ausführungen legte sodann der Minister über die Maßnahmen dar, welche die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg an Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und den Verbänden die Ernährungsverhältnisse in einvernehmlichem Zusammenwirken zu verbessern. Hierauf machte der Minister des Inneren Graf Czernin Mitteilung über die geplante Reform des Gemeindevahlrechts.

Eine weitere Meldung besagt: Die österreichische Regierung erklärte sich bereit, die sozialdemokratische Forderung in der Ernährungsfrage nach Einschränkung des Privilegs der Selbstversorger anzunehmen, die Demokratisierung des Gemeindevahlrechts mit Frauenwahlrecht zu fördern und ferner die Militarisierung der Kriegsbetriebe aufzuheben. Nach dieser Verständigung mit den Arbeitern wurde die zum Teil eingestellte Arbeit wieder in allen Betrieben aufgenommen.

Das Wiener A. N. Telegramm-Bureau teilt zu den Gerüchten über den Rücktritt des Kabinetts Seidler mit: Ueber den Rücktritt des Kabinetts Seidler ist hier nichts bekannt.

Weitere Ausführungen Lloyd Georges.

Wie schon gestern berichtet, hat Lloyd George vor den Delegierten der Trade Unions eine Rede gehalten und mehrere Fragen beantwortet. Nach einem weiteren Bericht führte er hierbei zur Frage der internationalen Konferenz noch aus: Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten ihrer eigenen Regierung ummodellieren. Die